



# HESSISCHER LANDTAG

09. 09. 2020

## **Kleine Anfrage**

**Bijan Kaffenberger (SPD), Dr. Daniela Sommer (SPD) vom 27.07.2020**

**Plurale Ökonomik an hessischen Hochschulen**

**und**

**Antwort**

**Ministerin für Wissenschaft und Kunst**

### **Vorbemerkung Fragesteller:**

Die COVID-19-Pandemie, die globale Finanzmarktkrise, steigende Vermögensungleichheit oder der Klimawandel zeigen, wie vielfältig und komplex die (ökonomischen) Probleme unserer Zeit sind. Die Antworten die Ökonomen und Ökonominen darauf geben sind häufig eindimensional. Privatisierung von Krankenhäusern, Deregulierung von Banken und Finanzmärkten, niedrige Unternehmenssteuern und dem Markt überlassene Klima- und Umweltschutzmaßnahmen sind die Folge. Ein Grund dafür ist, dass diesen auf theoretischen Konzepten basierenden Empfehlungen meist einer einzigen Denkschule entspringen. Dies führt zu einseitigen Modellen und einer eingeschränkten Perspektive, die alternative Lösungsansätze kaum zulässt. Gegen dieses Problem wendet sich seit 2007 ein Verein, der seit 2012 unter dem Namen "Netzwerk Plurale Ökonomik" aktiv ist. Ziel dieses Netzwerkes aus Studierenden und Lehrenden ist es, den existierenden Facettenreichtum der realen Welt in Form vielfältiger Methoden, Betrachtungsweisen und Theorien auch im Studium der Volkswirtschaftslehre zu verankern.

In Hessen existieren Regionalgruppen an den Universitäten in Frankfurt, Gießen, Kassel und Marburg. Im Sommer 2020 hat das Netzwerk Plurale Ökonomik ein Thesenpapier mit Impulsen für eine zukunftsfähige ökonomische Lehre veröffentlicht und sich mit diesem umfassenden Forderungskatalog an die Wissenschaftsakteure auf Hochschul-, Landes- und Bundesebene gewandt. In anderen Bundesländern, wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen gibt es unter anderem an den Universitäten Siegen, Duisburg-Essen und Witten-Herdecke bereits Professuren der Pluralen Ökonomik und teilweise auch entsprechende Studiengänge.

### **Vorbemerkung Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Zwar gibt es in Hessen derzeit keine Professur für „Plurale Ökonomik“ und keinen so lautenden Studiengang. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass „Plurale Ökonomik“ keine Kategorie in der Volkswirtschaftslehre ist.

Ein vielfältiger Blick auf wirtschaftliche Probleme wird jedoch auch an hessischen Hochschulen gelebt, wie die folgenden Beispiele zeigen.

Mit den vom Netzwerk „Plurale Ökonomik“ angesprochenen Themenfeldern befassen sich an der Goethe-Universität Frankfurt (GU) eine Vielzahl von Professuren, u.a. die Professur für Wirtschaftspolitik, die Professur für internationalen Handel, Wachstum und Entwicklung, die Professur für Entwicklungsökonomie, die Professur für Arbeit und angewandte Mikroökonomie, die Professur für Wirtschaftstheorie, die Professur für Wirtschaftsethik und die Professur für Institutionen- und Innovationsökonomik.

An der Hochschule Fulda sind die volkswirtschaftlichen Professuren, wie alle anderen Professuren, so ausgerichtet, dass diese die Bandbreite der in der Disziplin anerkannten Theorien und Methoden abbildet.

An der Universität Kassel (UKS) wird der Master-Studiengang „Global Political Economy and Development“ angeboten, der neben der Volkswirtschaftslehre diverse Fachwissenschaften beinhaltet (u.a. Politikwissenschaft, Soziologie, Philosophie) und damit interdisziplinär ausgestaltet ist.

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist wie die Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 GG geschützt. Dementsprechend haben das Land und die Hochschulen sicherzustellen, dass diese Grundrechte von Mitgliedern und Angehörigen der Hochschulen wahrgenommen werden können (vgl. § 1 Abs. 2 Satz 1 HHG). Es darf nicht Aufgabe der Landesregierung sein, Inhalte und Methoden in Forschung und Lehre vorzuschreiben und in wissenschaftliche Diskurse einzugreifen.

Für die Einführung von Studiengängen bedarf es gemäß § 11 HHG nicht der Genehmigung des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (HMWK). Diese Aufgabe liegt bewusst in der Autonomie der Hochschulen, die von der Landesregierung nachdrücklich als hohes Gut erachtet wird. Ebenso ist die Gestaltung des Lehrportfolios und der Studieninhalte Sache der Hochschulen. Die Qualitätssicherung wird gemäß § 12 Abs. 2 HHG durch Akkreditierung der Studiengänge sichergestellt. Auch die Ausgestaltung der eigenen Organisationsstruktur, die Besetzung von Lehrstellen und Gremien ist Aufgabe der Hochschulen.

Zur Beantwortung der nachstehenden Fragen sind die hessischen Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften um Stellungnahme gebeten worden. Ihre Rückmeldungen sind in die folgenden Ausführungen eingegangen.

Diese Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie bewertet die Landesregierung die Situation der Volkswirtschaftslehre an hessischen Hochschulen mit Blick auf die Plurale Ökonomik?

Klassisch volkswirtschaftliche Studiengänge werden in Hessen nur an der GU, der Philipps-Universität Marburg (UMR) und der Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU) angeboten werden, an der UKS gibt es einen Studiengang der Wirtschaftswissenschaften. Darüber hinaus werden an den Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften volkswirtschaftliche Module im Rahmen von interdisziplinären Studiengängen angeboten oder sind Teil von schwerpunktmäßig betriebswirtschaftlichen Studiengängen.

Theorie- und Methodenvielfalt sowie Interdisziplinarität sind Grundpfeiler des Studiums an hessischen Hochschulen, so auch in den Wirtschaftswissenschaften. Gelehrt werden sowohl klassische Theorien und Methoden als auch neue Theorieansätze und Modelle. Viele Themen, die im Impulspapier des „Netzwerks Plurale Ökonomik“ formuliert sind, werden innerhalb der Wirtschaftswissenschaften an hessischen Hochschulen bereits in Forschung und Lehre behandelt. So werden zahlreiche Lehrveranstaltungen zu aktuellen ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen angeboten, zum Beispiel zum Klimawandel und zu Nachhaltigkeitsthemen, zur Finanzkrise oder zur Verbreitung und den Auswirkungen von Pandemien. Die Interdisziplinarität der Wirtschaftswissenschaften drückt sich nicht zuletzt in dezidiert fächerübergreifenden Studiengängen aus, in denen wirtschaftswissenschaftliche Lehrveranstaltungen mit technischen oder gesellschaftswissenschaftlichen Fächern kombiniert werden. So kann in Hessen beispielsweise Wirtschaftsinformatik, -soziologie, -pädagogik oder Energiewirtschaft oder Wirtschaftsingenieurwesen studiert werden. Zudem gibt es zahlreiche Forschungskooperationen von hessischen Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern mit Kolleginnen und Kollegen anderer Fachkulturen. Exemplarisch genannt seien hier zwei an der GU ansässige Forschungsverbände: das Exzellenzcluster Normative Ordnungen und das Leibniz-Institut SAFE, das sich der interdisziplinären Erforschung der Finanzmärkte widmet.

Frage 2. Wie bewertet sie die Impulse für eine zukunftsfähige ökonomische Lehre des Netzwerks Plurale Ökonomik?

Die Forderungen des Impulspapiers sind überschrieben mit „Mehr Theorievielfalt“, „Mehr Methodenvielfalt“, „Mehr Interdisziplinarität“, „Mehr didaktische Qualität“, „Bundes- und Landespolitik für eine demokratische Wissenschaft“ und „Hochschulpolitik für eine zukunftsfähige Ökonomik“. Mit Blick auf die im Einflussbereich der Landespolitik liegenden und nicht die Freiheit von Forschung und Lehre berührenden Forderungen sei Folgendes, für alle Fächer gleichermaßen gültige, ausgeführt:

Um Lehr- und Lernformate weiterzuentwickeln und die didaktische Qualität zu stärken, sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Angebote im Bereich der Hochschuldidaktik für das wissenschaftliche Personal an den hessischen Hochschulen auf- und ausgebaut worden. Erfolgreiche Konzepte fortzuführen und ggf. weiter auszubauen ist erklärtes Ziel des zwischen HMWK und Hochschulen vereinbarten Hochschulpakts.

Gleichstellung und Diversität, die auch das Impulspapier insbesondere mit Blick auf den Lehrkörper fordert, begreift das HMWK grundsätzlich als zentrale Aufgaben. Die Hochschulen haben hierfür bereits erfolgreiche Maßnahmen umgesetzt und Organisationsstrukturen aufgebaut wie beispielsweise Gleichstellungsbüros, Stipendien- und Förderprogramme sowie Beratungs- und Mentoring-Angebote. Im neuen Hochschulpakt ist vereinbart, diese weiterzuentwickeln und fortzuführen. Diversitätsziele werden auch Teil der mit den Hochschulen abzuschließenden Zielvereinbarungen sein. Die Erhöhung des Frauenanteils beim hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen Personal ist hier ebenfalls ein wichtiges Ziel. Dazu werden auch finanzielle Anreize gesetzt. So wird beispielsweise im Erfolgsbudget die Berufung von Frauen gesondert boniiert.

Im Übrigen sind die einzelnen Forderungen und Thesen des Impulspapiers durch die Fachcommunity zu bewerten. Nach Rückmeldungen der Hochschulen werden einige der Themen bereits diskutiert, andere wie beispielsweise der Vorwurf der Eindimensionalität und mechanistischen Weltsicht zurückgewiesen. Eine einheitliche Positionierung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Hessen kann es – ganz im Sinne des pluralen und kritischen Wissenschaftsdiskurses – nicht geben.

Frage 3. Plant sie das Thema Plurale Ökonomik im Rahmen der Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen zu erörtern?

Lehrinhalte einzelner Fächer sind nicht Gegenstand der Zielvereinbarungen mit den Hochschulen, schon allein, um die disziplinäre Pluralität nicht künstlich einzuschränken. Auch hier sei explizit noch einmal auf die Freiheit von Forschung und Lehre verwiesen.

Frage 4. Wie bewertet sie die Schaffung einer Professur für Plurale Ökonomik durch die Landesregierung in Schleswig-Holstein auf Beschluss des dortigen Landtages?

Initiativen, die die Interdisziplinarität in Forschung und Lehre fördern, sind generell begrüßenswert. Grundsätzlich ist jedoch die Wissenschaft an sich plural und weist unterschiedliche Positionen auf – dies ist die Grundvoraussetzung für wissenschaftlichen Diskurs. Insofern setzt das HMWK gemeinsam mit den hessischen Hochschulen darauf, die Pluralität von Positionen und Methoden über die Gesamtheit der Lehrenden und der Veranstaltungsformate abzubilden.

Frage 5. Wie bewertet sie die mögliche Schaffung einer Koordinierungsstelle für transformative Lehre bei der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern, mit dem Ziel den Dialogprozess zur Veränderung der Wirtschaftswissenschaften zu fördern?

Es gibt erfreulicherweise bundesweit eine zunehmende Auseinandersetzung mit Themen der Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Transformation, auch in der Lehre. Zu nennen wäre hier beispielsweise das Fachprogramm Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Transformation lehren und lernen des Netzwerks Lehre. Im Impulspapier des „Netzwerks Plurale Ökonomik“ wird die Idee einer Koordinierungsstelle für transformative Lehre bei der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern nicht weiter ausgeführt. Da Aufgaben, Ausgestaltung und konkrete Ziele nicht benannt werden, kann hierzu keine Bewertung vorgenommen werden. Sofern eine Koordinierungsstelle gewünscht wird, sollte dies auch aus dem Kreis der Lehrenden an die Politik herangetragen werden.

Wiesbaden, 3. September 2020

**Angela Dorn**